

Zusammenfassung des Vorsitzenden, Gipfeltreffen von Gleneagles, 8. Juli

Wir sind vom 6. bis 8. Juli 2005 in Gleneagles zu unserem jährlichen Gipfeltreffen zusammengekommen.

Terroranschläge auf London

Alle Staats- und Regierungschefs, die gestern und heute in Gleneagles zusammengekommen sind, haben die barbarischen Angriffe auf London verurteilt und den Opfern und ihren Familien ihr tief empfundenes Mitgefühl bekundet. Wir kamen nach Gleneagles, um die Armut zu bekämpfen, Leben zu retten und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Wir haben nicht zugelassen, dass Gewalt die Arbeit dieses Gipfeltreffens stört. Die Terroristen haben nicht gesiegt und werden auch nicht siegen. Wir haben beschlossen, neben unserer Arbeit in den Bereichen Armut und Klimaänderungen auch unsere Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus zu intensivieren.

Klimawandel

An unseren Beratungen über den Klimawandel und die Weltwirtschaft haben auch die Staats- und Regierungschefs Brasiliens, Chinas, Indiens, Mexikos und Südafrikas sowie die Chefs der Internationalen Energie-Agentur, des Internationalen Währungsfonds, der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Welthandelsorganisation teilgenommen.

Wir haben eine Erklärung veröffentlicht, in der wir unser gemeinsames Anliegen der Bewältigung des Klimawandels, der Förderung sauberer Energie und der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung darlegen.

Alle waren sich darin einig, dass der Klimawandel bereits stattfindet, dass menschliche Tätigkeiten dazu beitragen und dass der Klimawandel alle Teile der Welt betreffen kann.

Wir wissen, dass die Emissionen weltweit verlangsamt werden, einen Scheitelpunkt erreichen und dann zurückgehen müssen, um zu einer Wirtschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen zu gelangen. Dies erfordert eine Führungsrolle der Industrieländer.

Wir beschlossen, dringliche Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen zu ergreifen, denen wir uns gegenübersehen. Der Aktionsplan von Gleneagles, auf den wir uns geeinigt haben, zeugt von unserem Engagement. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um Märkte für saubere Energietechnologien zu entwickeln, die Verfügbarkeit solcher Technologien in Entwicklungsländern zu erhöhen und gefährdeten Gemeinschaften dabei zu helfen, sich den Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

Wir begrüßten nachdrücklich die Einbeziehung der Staats- und Regierungschefs der Schwellenländer in unsere Beratungen sowie ihre Ideen für neue Konzepte der internationalen Zusammenarbeit im Bereich sauberer Energietechnologien zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern.

Unsere Gespräche stellen den Beginn eines neuen Dialogs zwischen den G8-Staaten und anderen Ländern mit einem erheblichen Energiebedarf im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen dar. Im Rahmen dieses Dialogs wird sondiert werden, wie wir Technologie am besten austauschen, Emissionen verringern und unseren Energiebedarf nachhaltig befriedigen können, während wir den Aktionsplan umsetzen und darauf aufbauen.

Wir werden die globalen Anstrengungen zur Bewältigung des Klimawandels auf der VN-Konferenz über Klimawandel in Montreal im Herbst dieses Jahres voranbringen. Diejenigen von uns, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, bleiben ihm verpflichtet und werden weiterhin daran arbeiten, es zu einem Erfolg zu machen.

Afrika und Entwicklung

Unseren Beratungen über Afrika und Entwicklung schlossen sich die Staats- und Regierungschefs Algeriens, Äthiopiens, Ghanas, Nigerias, Senegals, Südafrikas und Tansanias sowie die Chefs der Kommission der Afrikanischen Union, des Internationalen Währungsfonds, der Vereinten Nationen und der Weltbank an.

Wir erörterten, wie Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Millenniumsziele beschleunigt werden können, vor allem in Afrika, das noch den weitesten Weg bis zur Erreichung dieser Ziele bis zum Jahr 2015 zurückzulegen hat.

Wir begrüßten die substanziellen Fortschritte, die Afrika in den letzten Jahren erzielt hat. Weitere Länder haben demokratische Wahlen abgehalten. Das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich. Langjährige Konflikte werden derzeit beendet.

Wir waren uns darin einig, dass wir und unsere afrikanischen Partner gemeinsam daran interessiert sind, auf diesen Fortschritten aufzubauen, um ein starkes, friedliches und wohlhabendes Afrika zu schaffen; wir teilen die feste moralische Überzeugung, dass dies geschehen sollte, und haben uns auf Maßnahmen geeinigt, die wir ergreifen werden.

Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs haben ihre persönliche Verpflichtung dargelegt, - die auf dem Gipfeltreffen der AU in dieser Woche nachdrücklich bekräftigt wurde - Pläne voranzutreiben, die darauf abzielen, die Armut zu bekämpfen, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die Transparenz und verantwortungsbewusstes staatliches Handeln zu verbessern, demokratische Institutionen und Prozesse zu stärken, Korruption in keiner Weise zu tolerieren, alle Hindernisse für den Handel zwischen den afrikanischen Staaten zu beseitigen sowie dauerhaften Frieden und anhaltende Sicherheit auf dem gesamten Kontinent herbeizuführen.

Die G8 einigten sich im Gegenzug auf einen umfassenden Plan zur Unterstützung der Fortschritte Afrikas. Dies wird in unserer gesonderten Erklärung heute dargelegt. Wir kamen überein,

- zusätzliche Mittel für die afrikanischen Friedenstruppen zur Verfügung zu stellen, damit sie Konflikte in Afrika besser abwenden, vermeiden und lösen können;
- verstärkt Unterstützung für mehr Demokratie, wirksames staatliches Handeln und Transparenz zu leisten und dabei zu helfen, Korruption zu bekämpfen und gestohlene Vermögenswerte zurückzugeben;
- Investitionen im Gesundheits- und Bildungswesen nachhaltig zu fördern und Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und anderen tödlichen Krankheiten zu treffen;

- das Wachstum zu stimulieren, das Investitionsklima zu verbessern und für einen funktionierenden Handel für Afrika zu sorgen, auch indem wir dabei helfen, Afrikas Handelskapazitäten aufzubauen, und darauf hinwirken, die zusätzlichen Investitionsgelder für die Infrastruktur aufzubringen, die für die Wirtschaft benötigt wird.

Die Staats- und Regierungschefs der G8 kamen überein, diesen Plan mit erheblichen zusätzlichen Mitteln für Länder zu unterstützen, die über solide nationale Entwicklungspläne verfügen und sich zu verantwortungsbewusstem staatlichen Handeln, Demokratie und Transparenz bekennen. Wir kamen überein, dass die armen Länder ihre eigenen Entwicklungsstrategien und wirtschaftspolitischen Maßnahmen beschließen und eigenverantwortlich verwirklichen müssen.

Wir haben vereinbart, die Hilfe für Afrika bis zum Jahre 2010 zu verdoppeln. Die Hilfe für alle Entwicklungsländer wird laut OECD um etwa 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis zum Jahr 2010 aufgestockt, wovon mindestens 25 Milliarden US-Dollar pro Jahr zusätzlich auf Afrika entfallen. Eine Gruppe von G8- und anderen Ländern wird ferner innovative Finanzierungsmechanismen voranbringen, darunter die IFF für Immunisierung, einen Solidaritätszuschlag auf Flugtickets und die IFF zur Verwirklichung und Förderung ihrer Verpflichtungen; eine Arbeitsgruppe wird die Umsetzung dieser Mechanismen erwägen. Wir waren uns darin einig, dass der Weltbank eine führende Rolle bei der Unterstützung der Partnerschaft zwischen den G8, anderen Gebern und Afrika zukommt, indem sie dazu beiträgt, dass zusätzliche Hilfe wirksam koordiniert wird.

Die G8 haben ferner vereinbart, dass alle Schulden der hochverschuldeten armen Länder gegenüber der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Afrikanischen Entwicklungsbank erlassen werden sollten, wie dies in der Vereinbarung der Finanzminister vom 11. Juni niedergelegt ist. Wir begrüßten ferner die Entscheidung des Pariser Clubs, Nigeria ca. 17 Milliarden US-Dollar seiner Schulden zu erlassen.

Die G8 und die afrikanischen Staats- und Regierungschefs waren sich darin einig, dass mit der Umsetzung dieser und der anderen in unserem umfassenden Plan spezifizierten Maßnahmen Folgendes erreicht werden kann:

- eine Verdoppelung des Volumens der afrikanischen Wirtschaft und des afrikanischen Handels bis zum Jahr 2015

- eine Steigerung der in- und ausländischen Investitionen
- die Überwindung der Armut von mehreren zehn Millionen Menschen pro Jahr
- die Rettung von Millionen Menschenleben pro Jahr
- eine Grundschulausbildung für alle Kinder
- die Bereitstellung kostenloser Basisgesundheitsleistungen und Grundschulausbildung für alle
- ein so weit wie möglich weltweiter Zugang zur Behandlung bei AIDS bis zum Jahre 2010
- die Schaffung von Arbeitsplätzen und anderen Chancen für junge Menschen
- die Beendigung von Konflikten in Afrika.

Um diese Ansprüche einzulösen, kamen wir überein, das Africa Partnership Forum zu stärken und es zu beauftragen, einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten.

Wir wissen aber, dass dies nur ein Anfang ist. Wir müssen auf den Fortschritten, die wir heute gemacht haben, aufbauen. Wir müssen uns auf dem VN-Gipfel zur Überprüfung der Millenniumsziele in New York im September von diesem Geist leiten lassen und einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda gewährleisten.

Weltwirtschaft, Öl und Handel

Wir erörterten die Aussichten für das Wachstum der Weltwirtschaft, das, wie wir erwarten, robust bleiben wird. Wir waren uns bewusst, dass die Aufrechterhaltung dieser Wachstumsdynamik eine Herausforderung ist, und wir bekräftigten, dass jedes unserer Länder seinen Teil dazu beitragen muss, auf lange Sicht ein nachhaltiges Wachstum zu unterstützen. Höhere und volatilere Ölpreise sind für uns und für gefährdete Entwicklungsländer Anlass zu besonderer Sorge. Wir betonen, dass konkrete Maßnahmen notwendig sind, um Marktschwankungen durch umfassendere, transparentere und zeitnähere Daten zu verringern.

Wir kamen überein, unsere Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluss der gesamten Doha Entwicklungsrunde zu verstärken. Wir betrachteten dies als essenziell für die Ankurbelung des Wachstums und die Steigerung der Einkommen weltweit, aber auch als ein wichtiges Element unserer Arbeit zur Bekämpfung der globalen Armut. Wir und unsere Schwellenlandpartner kamen überein, der Diskussion die erforderliche politische Dynamik zu verleihen, um zu gewährleisten, dass auf dem WTO-Ministertreffen in Hongkong im Dezember eine Rahmenvereinbarung sowie im Jahre 2006 eine abschließende Vereinbarung geschlossen wird.

Wir bekräftigten unsere Entschlossenheit, die Märkte stärker für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, Industriegütern und Dienstleistungen zu öffnen und im Bereich der Landwirtschaft handelsverzerrende inländische Subventionen zu verringern sowie alle Formen von Ausfuhrsubventionen bis zu einem glaubwürdigen Enddatum abzuschaffen. Wir verpflichteten uns ferner, Produkte von Interesse für die am wenigsten entwickelten Länder in die Verhandlungen einzubeziehen und sicherzustellen, dass die am wenigsten entwickelten Länder über die Flexibilität verfügen, ihre eigenen Wirtschaftsstrategien zu beschließen.

Wir haben Erklärungen zu den Themen Weltwirtschaft und Öl, Handel sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Piraterie und der Fälschung auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums veröffentlicht.

Regionale Fragen und Proliferation

Wir sind mit dem Beauftragten des Quartetts für den Gaza-Rückzug, James Wolfensohn, zusammengetroffen, der einen Bericht über seine Arbeit abgab, die dazu beitragen soll, den erfolgreichen Abzug der Israelis aus Gaza und Teilen des Westjordanlandes sicherzustellen, sowie über seine Vorschläge betreffend langfristige Folgemaßnahmen zu diesem Prozess, mit denen die Grundlagen für die Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaates gelegt werden sollen. Wir begrüßten seine Bemühungen und unterstützten sie mit Nachdruck, und wir werden prüfen, wie wir seine Vorschläge für die Zukunft am besten unterstützen können.

Wir bekräftigten unser Bekenntnis zur "Partnerschaft für Fortschritt und eine gemeinsame Zukunft mit der Region des Weiteren Mittleren Ostens und Nordafrika" auf der Grundlage echter Zusammenarbeit zwischen den G8 einerseits und den Regierungen sowie Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft aus der Region andererseits. Wir begrüßten die in der

Region unternommenen Schritte zur Beschleunigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Reformen, und betonten, dass wir die sich in der Region entwickelnde Dynamik in Richtung auf Veränderungen unterstützen. Wir sehen dem Zukunftsforum in Bahrain im November 2005 erwartungsvoll entgegen, das eine Gelegenheit zur Weiterentwicklung der Arbeit im Rahmen der Partnerschaft mit der Region bieten wird.

Sechs Monate nach der furchtbaren Tragödie im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 unterstrichen wir unsere Unterstützung für die Arbeit der VN auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus nach dem Tsunami, und wir bekräftigten unsere Entschlossenheit, die Risiken künftiger Naturkatastrophen zu verringern und eine Reform des Systems der humanitären Hilfe anzuregen.

Wir bekräftigten, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme zusammen mit dem internationalen Terrorismus weiterhin die größte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Wir bekräftigten unsere Verpflichtungen und riefen alle Staaten auf, die internationalen Nichtverbreitungsnormen uneingeschränkt einzuhalten und ihre Rüstungskontroll- und Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Wir betonten unsere Entschlossenheit, den Problemen der Proliferation entschieden entgegenzutreten, sowohl durch nationale als auch durch multilaterale Anstrengungen. Wir brachten insbesondere unsere Sorge über die Verbreitungsgefahren in Nordkorea und Iran zum Ausdruck.

Zum Thema Iran unterstützen wir die gemeinsam mit der EU unternommenen Bemühungen Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, die Bedenken hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms durch Verhandlungen auszuräumen, und wir erklärten einmal mehr, wie wichtig es ist, dass Iran den Terrorismus bekämpft, den Frieden im Nahen Osten unterstützt und die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektiert.

Was Nordkorea betrifft, so unterstützen wir die Sechs-Parteien-Gespräche, und wir riefen Nordkorea dringend auf, umgehend zu diesen Gesprächen zurückzukehren. Wir fordern Nordkorea auf, seine Kernwaffenprogramme aufzugeben. Nordkorea muss ferner auf die Sorgen der Völkergemeinschaft betreffend seine Menschenrechtsbilanz und das Thema Entführungen eingehen; dieser Schritt Nordkoreas ist lange überfällig.

Wir erörterten die Lage in Sudan und in Irak und veröffentlichten gesonderte Erklärungen zu diesen Themen, in denen wir unseren gemeinsamen Ansatz erläuterten. Wir verabschiedeten

ferner Erklärungen zum Friedensprozess im Nahen Osten, zur Initiative Weiterer Mittlerer Osten und Nordafrika, zur Naturkatastrophe im Indischen Ozean, zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie einen Fortschrittsbericht zur Initiative zu sicherem und erleichtertem internationalen Reisen (SAFTI). Darüber hinaus erörterten wir folgende Themen:

- Afghanistan: Wir bekräftigten unser Bekenntnis zur Unterstützung der Regierung und des Volkes von Afghanistan bei ihren Anstrengungen zur Bewältigung der langfristigen Probleme des Wiederaufbaus, der Sicherheit, der Drogenbekämpfung und der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, und wir begrüßten die bevorstehenden Parlaments- und Provinzwahlen;
- Libanon: Wir begrüßten die vor kurzem abgehaltenen Wahlen in der Erwartung der baldigen Bildung einer neuen libanesischen Regierung, die sich aus angesehenen Mitgliedern der Gesellschaft zusammensetzt, die für Reformen eintreten und sich zur Verteidigung der Souveränität des Landes bekennen. Wir bekräftigten, dass die Resolution 1559 des VN-Sicherheitsrats in allen ihren Teilen Anwendung finden muss;
- Simbabwe: Wir bedauerten die jüngsten Ereignisse in diesem Land. Die zwangsweise Zerstörung von Häusern hat Hunderttausende Simbabweer ihres Obdachs und ihrer Existenz beraubt und großes menschliches Leid verursacht. Wir fordern die simbabwischen Behörden auf, diese Kampagne jetzt einzustellen, die von ihr verursachte Situation umgehend zu bereinigen sowie die Menschenrechte und die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu achten.

Wir begrüßen den Besuch der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs. Wir sehen ihrem Bericht zur Lage erwartungsvoll entgegen. Wir werden die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen auch weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen, allen hilfsbedürftigen Menschen in Simbabwe Nahrungsmittel und humanitäre Unterstützung zukommen zu lassen.

- Haiti: Wir brachten unsere Sorge über die sich verschlechternde Sicherheitslage zum Ausdruck. Wir unterstrichen die Notwendigkeit eines dauerhaften internationalen Engagements einschließlich der aktiven Bemühungen der VN-Stabilisierungsmission in Haiti mit dem Ziel, ein sicheres und stabiles Umfeld

zu schaffen, das für die Wahlen in der zweiten Jahreshälfte und für die längerfristige Entwicklung des Landes von wesentlicher Bedeutung ist.

- VN-Reform: Wir waren uns darin einig, dass die in Gleneagles erzielten Fortschritte zu einem klaren und anspruchsvollen Ergebnis des VN-Millenniumsüberprüfungsgipfels im September beitragen sollen. Wir bekräftigen, welche große Bedeutung wir auf dem Gipfel erheblichen Fortschritten in den Bereichen Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte und bei der VN-Verwaltungsreform beimessen.

Wir begrüßten das Angebot des Präsidenten der Russischen Föderation, 2006 unser nächstes Gipfeltreffen auszurichten.